

Kurzbericht und Analyse der Menschenrechtslage in Afghanistan und Informationen über mich

Ich studierte an der Engineering Fakultät in Kabul Elektrotechnik. Diese wurde damals von den USA finanziert, weshalb viele unserer Lehrer von dort kamen. An allen Universitäten Afghanistans besuchten damals Studenten und Studentinnen gemeinsam die Vorlesungen.

Unter Führung der Taliban hat sich die Situation in Afghanistan dramatisch verschlechtert. Frauen dürfen seit drei Jahren keine Universitäten besuchen, Mädchen nur bis zur sechsten Stufe die Schule gehen. Dabei war die längste Zeit für uns alle ein friedliches Leben mit gesicherten Freiheiten möglich.

Aufgrund meiner politischen Aktivitäten gegen die sowjetische Invasion von 1979, mit der ein kommunistisches Regime in Kabul abgesichert werden sollte, musste ich als 19-jähriges Mädchen meine Heimat Afghanistan verlassen.

Ich arbeitete ein Jahr im Österreichischen Hilfskomitee für Afghanistan in Peschawar, einer Millionenstadt in Pakistan nahe der Grenze zu Afghanistan, das dort von 1980 bis 1994 umfangreiche Hilfsprogramme für Geflüchtete betrieben hat.

Mit Unterstützung von Prof. Dr. Christian Reder und Dr. Alfred Janata, den Leitern des Komitees, erhielt ich 1981 ein Visum und ein Stipendium, und konnte mein Studium in Wien fortsetzen. Nach Abschluss der Deutschkurse und das Studiums als biomedizinische Analytikerin arbeitete ich erfolgreich und für mich sehr befriedigend im AKH Wien.

Da mein aus Afghanistan stammender Mann Nur Safa zum österreichischen Diplomaten wurde und an den Botschaften in Pretoria, New York und Teheran tätig war, habe ich ihn dann jeweils begleitet. Während dieser Jahre konnte ich bei „Orphan Care IOC“ aktiv für die humanitäre Hilfe Afghanistan mitarbeiten.

Der plötzliche Zusammenbruch der afghanischen Republik im August 2021 war ein Schock für uns alle, ein Beispiel dafür, wie schnell sich Situationen ändern können. Niemand hat es erwartet und niemand hat es nach zwanzig Jahren international unterstützter, hoffnungsfroher Aufbauarbeit glauben können.

Der Zusammenbruch der afghanische Republik schuf eine ganz neue Situation für uns alle. Über Jahre trotz aller Schwierigkeiten aufrechte Hoffnungen lösten sich auf.

Das Hauptproblem bestand darin, dass die ausländischen Streitkräfte nicht auch den Aufbau ziviler Strukturen fördern und absichern konnten. Das „von außen“ zu versuchen, war auch deswegen kaum leistbar, weil die von jahrelangen Kriegen und Zerstörungen paralyisierte Bevölkerung nur schwer dazu aktivierbar war.

Alle Problemlösungen wurden vom Ausland und von dort fließenden Geldern erwartet. Das lähmte Initiativen, um aus eigener Kraft endlich die notwendige Stabilität im Land zu erreichen.

Die Taliban sind als stets die Vorherrschaft beanspruchende Pashtunen eine ethnische Gruppe mit mittelalterlichen Traditionen und religiösen Überzeugungen. Ihre extremen Einstellungen haben die Hanifi Religionsgruppe als Basis. Da sie nie irgendwo gewählt wurden, haben sie keinerlei Legitimität, als Stimme des Volkes aufzutreten.

Erst seit den Taliban gilt Afghanistan wieder als „mittelalterlich“. Das übersieht völlig, dass es jahrhundertlang ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt der Seidenstraße gewesen ist. Für Bābur Shah, den Gründer des mächtigen Mogulreichs in Indien, war Kabul „das Zentrum der Welt“ und jahrelang sein Lieblingsort.

Es gab lange Perioden, in den mit Stolz auf buddhistischen Denkmäler verwiesen wurde, Sunniten und Schiiten, Sikhs und Juden friedlich zusammenlebten und auch die Frauen freier waren, beeinflusst von Reformen der modernen Türkei.

Drastische religiöse Regeln waren nie Teil der afghanischen Tradition. Sie sind ein neues Phänomen. Radikale Islamisten glauben nun sogar, dass der Islam die ganze Welt beherrschen werde, ohne jede Toleranz zu anderen Religionen. Sie übersehen dabei völlig die vielen internen kriegerischen Auseinandersetzungen seit Mohammed und die vielen Variationen bei den Regeln und Verhaltensweisen die Islamgläubige befolgen.

Erst in den letzten Jahrzehnten geriet der Islam mit der übrigen Welt in ein polarisierendes Spannungsverhältnis. Kriege und Terroranschläge bestärkten Feindseligkeiten. Zu den verbreiteten Missverständnissen gehört auch, dass es nie „den einen Islam“ gegeben hat.

Die heutigen Extremisten blenden auch völlig aus, dass die muslimische Welt jahrhundertlang führend in Wissenschaft, Kunst und Architektur war, weil die Regierenden das voll unterstützten. Viele ihrer Minister und Heerführer waren keine Muslime.

Als sogenannte Religionsschüler dürfen die Taliban von all dem offenbar nichts wissen, um wieder „Ursprüngliches“ als Lebensmodell vorschreiben zu können. Absurd übersteigerte Patriarchats Vorstellungen machen Mädchen und Frauen zu vorrangigen Opfern. Das dürfe nie von der internationalen Gemeinschaft Legitimität erhalten.

Unter der Taliban-Herrschaft wurden den meisten Menschen in Afghanistan ihre Grundrechte entzogen. Frauen sind von Bildung, Arbeit und Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen. Frauen, die gegen die Geschlechterapartheid der Taliban protestieren, werden in Taliban-Gefängnissen gefoltert, vergewaltigt und ermordet. Dem afghanischen Volk wurden die Rechte auf Meinungs-, Gedanken- und Versammlungsfreiheit sowie wesentliche bürgerliche und politische Freiheiten entzogen.

Journalisten und Medien werden mit der Zensur belegt und durch Verbote, Drohungen, Einschüchterung, Verhöre, Folter und Inhaftierung unter Druck gesetzt. Politische Parteien werden nicht geduldet. Die Wahlkommission sowie alle mit Wahlen verbundenen Mechanismen wurden abgeschafft.

Ehemalige Verteidigungs- und Sicherheitskräfte sowie politische Gegner der Taliban sind besonders gefährdet.

Unter der Taliban-Herrschaft haben Zwangsmigration, Vertreibungen und die weitverbreitete Beschlagnahmung von Eigentum erheblich zugenommen. Menschen werden aufgrund ihrer Kleidung und ihres Aussehens unter Druck gesetzt, gedemütigt und gefoltert. Kulturellen Tätigkeiten und die Religionsausübung von Minderheiten sind strikt verboten. Bei Nichtbefolgung wird mit Inhaftierung und Ermordung bestraft. Viele Bibliotheken und Buchhandlungen wurden zugesperrt. In den öffentlichen Ämtern ist eine der früheren Amtssprache Farsi verboten.

Internationale Organisationen, inländische Medien, die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen haben dazu schreckliche Berichte über physische und psychische Misshandlungen veröffentlicht, ebenso Richard Bennett, der Menschenrechtsberichtersteller der Vereinten Nationen und der Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen.

In weltpolitischem Maßstab entscheidend wäre, dass die internationale Staatengemeinschaft auf dominierende islamisch orientierte Staaten einwirkt, den Islam durch Liberalisierung seiner Alltagsregeln wieder kompatibler mit der Welt zu machen. Wohin sollte dessen Radikalisierung auch führen? Deshalb müssten sich diese auch gegen die Taliban stellen und die weitergehende Unterstützung von Extremisten bekämpfen.

Die Taliban müssten aufgefordert werden, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der internationalen Pakte und Konventionen, die Afghanistan unterzeichnet hat oder denen es beigetreten

ist, einzuhalten. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) und der Internationale Gerichtshof (IGH) müssten Mechanismen zur rechtlichen und gerichtlichen Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzung in Afghanistan aktivieren, um Ermittlungen und Verfahren einzuleiten.

In diesem Sinn wurde 2022 der **Vienna Process for a Democratic Afghanistan** aktiv, der auf Initiative ehemaliger Aktivisten des 1980 gegründeten Österreichischen Hilfskomitees für Afghanistan, Prof. Dr. Christian Reder, Nur Safa und ehemaliger österreichischer Diplomaten Dr. Wolfgang Petritsch, die afghanische Botschafterin in Wien, Fr. Manizah Bakhtari und Ich Fahima Zahma als eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegründet wurde.

An der vierten seiner Konferenzen im Juni 2024 haben bereits 70 afghanische Frauen und Männer aus aller Welt teilgenommen und über Möglichkeiten diskutiert, im Vienna Process alle afghanischen Oppositionsgruppen zu vereinen, um eine starke Opposition gegen die Taliban zu schaffen. Versucht wird, durch einen friedlichen und demokratischen Prozess, Lösungen für Afghanistan zu finden.

Trotz der humanitären Katastrophen und Leiden werden die bitteren Ereignisse in Afghanistan jedoch in der Welt kaum noch beachtet. Die großzügige finanzielle und politische Unterstützung für terroristische und illegitime Gruppen setzt sich fort.

All das bestätigt uns, dass die internationale Gemeinschaft das afghanische Volk mit seinem Schicksal allein lässt. Daher kämpfen wir vom Ausland aus weiter, um dennoch nicht alle Hoffnungen zu verlieren.

Wien, 29 August, 2024
Fahima Safa